Bürgermeister Viehof geht auf die Vorlage ein und erläutert nochmals im Detail die Gründe für den Bedarf dieser Stelle. Dabei stellt er besonders heraus, dass diese Stelle unabdingbar sei. Anhand einiger Beispiele führt er an, dass er den Ämtern bestimmte Aufgaben nicht abverlangen könne, die aber durch eine Zuarbeiterstelle erledigt werden könnten. Ebenso könne diese Person als Springer eingesetzt werden, wenn es in bestimmten Bereichen erforderlich sei, um so die Ämter zu entlasten. Zumal kämpfe man derzeit mit der Problemstellung, dass aufgrund der Tariferhöhung im Stellenplan insgesamt 17 Stellen nicht mit Geld hinterlegt seien und man hier zusehen müsse, wie die Arbeit bewältigt werden könne.

Herr Strausfeld nimmt zu der Verwaltungsvorlage und den mündlichen Ausführungen des Bürgermeisters ausführlich Stellung. Er führt aus, dass die personelle Situation derzeit sehr kritisch sei. Beispielhaft nennt er das Schulamt, das Sozialamt und das Bauamt. Die Herausforderung für die Zukunft sei es, den wachsenden Aufgabenstellungen durch neue Gesetzeslagen, wie z.B. die Themen Wärmekonzept, Flüchtlingskrise, Stadtflucht etc. mit dem vorhandenen Personal bewältigen zu können. Um Strukturen zu erhalten, gehöre neues Personal in erster Linie in die Ämter. Konkret müsse den Sachbearbeitern der Rücken durch die Abteilungsleitungen freigehalten werden. Von den Abteilungsleitungen müssen Prioritäten festgelegt werden, die wiederum die volle Unterstützung der Amtsleitungen erhalten. Die Verwaltungsspitze sollte ihren Amtsleitungen vertrauen und nur eingreifen, wenn sie feststelle, dass ein Projekt falsch laufe. So können dem Bürgermeister Freiräume geschaffen werden. Hinsichtlich der Umsetzung des Tarifvertrages stimme er der Personalleitung nicht zu, keine Stellen mehr zu besetzen. Hier müssten Strategien entwickelt und Prioritäten gesetzt werden, um damit einhergehend, notwendige Einstellungen vornehmen zu können. Als Fazit hält er im Namen seiner Fraktion fest, dass sachbearbeitendes Personal mehr benötigt werde, als ein persönlicher Referent, weshalb man dem Verwaltungsvorschlag nicht folgen werde.

Herr Thienel hinterfragt die Situation im Sozialamt und möchte wissen, ob sich die angespannte Situation durch die Neueinstellungen beruhigt habe. Dies wird verwaltungsseitig bestätigt. Grundsätzlich habe man nichts gegen die Änderung des Stellenplanes. Allerdings gäbe es auch andere unbesetzte Stellen im Stellenplan. Sofern eine Ergänzung zum Tragen komme, wünscht er sich eine Priorisierung nach Wichtigkeit durch den Ausschuss.

Frau Grünebaum informiert über die aktuelle personelle Sachlage. Zum Thema Tariferhöhung erläutert sie, dass das Finanzvolumen des Personaletats der Höhe der Tarifsteigerung in 2024 entspreche. Das habe zur Folge, dass jede Neueinstellung haushälterisch nicht gedeckt sei und man deshalb Priorisierungen vornehmen müsse. Im Schulamt werde seit heute eine kommissarische Amtsleitung eingesetzt. Diese übernimmt Herr Maleike. Das Sozialamt wurde durch 3 neue Kolleginnen ergänzt, eine Kollegin arbeite bereits völlig selbständig, die anderen würden derzeit noch eingearbeitet. Im Bauamt sei man intensiv im Gespräch mit den Abteilungsleitungen. Derzeit würden 2 Ingenieure gesucht. Ein Dritter beginne seine Tätigkeit am 01.07.2023. Die Amtsleiterstelle werde in Kürze intern ausgeschrieben.

Im weiteren Verlauf der Beratung geht Bürgermeister Viehof nochmals auf die aktuelle personelle Situation ein. Er macht detaillierte Ausführungen zu repräsentativen Terminen und gibt Beispiele zu Sachverhalten, die seiner Meinung nach die Notwendigkeit einer Referentenstelle weiter begründen. Gerade der zuvor angesprochene personelle Engpass und damit einhergehende unerledigte Aufgaben könnten durch die Besetzung der Stelle schneller in die Umsetzung gebracht werden.

Nach weiteren Wortbeiträgen und Austausch verschiedener Meinungen lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.